

Die Brotfrage.

Die Sorge des Tages.

Wien, 23. Februar.

Die Brotkarte ist eine von der Behörde ausgestellte Anweisung. Der Ueberbringer hat das Recht auf eine bestimmte Menge des Nahrungsmittels, und sollte der Staat sein Versprechen nicht halten und die übernommene Pflicht nicht erfüllen können, würde seine Nahrungspolitik zahlungsunfähig werden. Er hat uns durch ernste Drohungen mit Strafen an Geld und Freiheit gezwungen, die Versorgung ihm zu überlassen. Das Verhältnis zwischen der Regierung und dem Verbraucher ist kein freiwilliges, sondern ein aufgedrungenes, durch Verordnungsgewalt befohlenes, durch Furcht vor Polizei und Kriminal geschützt. Er hat die strengste Untertänigkeit in den vertraulichsten Einzelheiten des Haushaltes gefordert, Brot, Mehl und Fett Jedem zugewogen. Wenn er so viel Beschränkung nicht durch Sicherheit gegen Hunger lohnen kann, so muß er gestehen, daß er sich übernommen habe und daß die gleichmäßige Verteilung aus den Getreidevorräten der Ernte und aus den Zuflüssen über seine Kräfte gehe. Der Staat kann es nicht. Die Verschlingen in den einzelnen Maßregeln, die Irrtümer in den Personen, die Zufälligkeiten des Wetters und was sonst hervorgehoben wird, reichen nicht bis in die Tiefe der Gründe, die jetzt fast krisenhafte Zustände in der Nahrungspolitik hervorrufen. Der Staat kann es nicht. Wir sind im Zeitalter, dem häufig vorgeworfen wird, daß die Fähigkeiten zu einseitig ausgebildet und benützt werden. Die medizinische Wissenschaft erzieht Gelehrte und Ärzte nahezu für jede Form der Krankheit und so scheiden sich auch im wirtschaftlichen Verkehre die Berufe, damit Vollkommenheit auf engerem Gebiete entstehe. Der Staat hatte im Frieden nur einen geringen Zusammenhang mit der Nahrungspolitik, wenn nicht die hohen Zölle und die Erschwerung der Vieheinfuhr, diese Leuerungsünden, dazu gerechnet werden sollen. Der Krieg bricht aus und sehr spät, viel zu säumelig werden die Getreidezölle aufgehoben, als die Einfuhr durch die Ausfuhrverbote fremder Länder schon unmöglich war. Kaufleute hätten gewiß die nötige Voraussicht gehabt, beim Staate war keine Spur davon zu merken, und so trotzte er weiter, ohne zu denken, was Futtermittel in einem solchen Kriege bedeuten, und ohne den Wunsch, die Anlegung eines Vorrates durch den Handel mit anderen Völkern zu erleichtern. Futtermittel sind Milch als Sicherung gegen Zunahme der Kindersterblichkeit; ferner das unentbehrliche Fett und auch das Fleisch. Der Staat, der diese Verjämmerung begangen hatte, glaubte dennoch, daß er das Volk ernähren könne. Er kann es nicht.

Er hat es nicht gelernt, besitzt nicht die hundertfältigen Ueberlieferungen des Handels, auch nicht die Menschen, die mit den Erzeugern leben, ihr Vertrauen genießen und bei denen der Bauer nicht fürchtet, daß seine Ernte auch für den Steuerbogen verwendet werde. Die großen Herren in Wien mit den hohen Rangstufen, Titeln und Orden wissen freilich nicht, was der Krämer für das Dorf bedeute, und sollte ein Verwegener behaupten, daß die seit Jahrhunderten überkommene und durch Gepflogenheit ausgebildete Nahrungspolitik nie versagte, würde er nur hochmütiger Geringschätzung begegnen. Aber der Tadel ernster Körperschaften läßt sich nicht so leicht abschütteln. Wir haben keine zureichende Menge von Mehl und Brot, weil sich der Staat nicht rechtzeitig um die Beschaffung der unentbehrlichen Dünge Stoffe gekümmert hat. Die Landwirte bekamen an Phosphorsäure fünfzehn bis zwanzig Prozent des Friedensbedarfes. Sage fünfzehn bis zwanzig Prozent dessen, was sie vor dem Kriege

für die Verbesserung der Ertragsfähigkeit verbrauchten. Der jährliche Umsatz an Stickstoffdünger wurde früher mit einer Million Doppelzentner veranschlagt. Die österreichischen Landwirte wurden auf die Lieferung von hunderttausend Doppelzentner herabgedrückt. Sage hunderttausend Doppelzentner statt einer Million, zehn Prozent. Die Felder sind schon das vierte Jahr unzureichend gedüngt. Der Mangel an Futtermitteln vermindert den natürlichen Dünger und die der Erzeugung so fremd gebliebene Nahrungspolitik des Staates sichert nicht den Ersatz durch künstlichen Dünger. Auch das Wenige konnte nicht immer rechtzeitig eintreffen oder richtig verteilt werden. Dem ruhigen Durchdenken sämtlicher Einzelheiten des Verfahrens, wodurch Getreide wächst, dann zu Mehl und Brot wird, war niemals die Eigentümlichkeit unserer Nahrungspolitik. Der Himmel mußte sorgen, daß im Herbst oder im Frühjahr beim Anbau die Eisenbahnwagen zur Verfügung waren, um die Phosphorsäure und den Stickstoffdünger dorthin zu schaffen, wohin er nach der Jahreszeit gehörte.

Die Einwendung, daß die Felder nur schlecht gedüngt werden konnten, weil eben Krieg sei, wäre unrichtig. Die Stickstoffherzeugung hat gerade mit Rücksicht auf die Arme sehr zugenommen und nicht schwierig wäre gewesen, von dem Ueberflusse, der vorhanden ist, eine größere Menge hinüberzuleiten auf die Aecker und Wiesen. Wir möchten von der Schuld einzelner Personen nicht sprechen, wenn ein ganzes System unzulänglich und für die Bevölkerung nachteilig geworden ist. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft für Oesterreich erklärt, daß die Geburtsfehler der Zentralstellenpolitik die Volksernährung geradezu aufheben. Sie verlangt nach den Erfahrungen mit der reichen Obsternte des letzten Herbstes, daß die Saat so rasch als möglich aufgelöst werde. Wir sind im Spätwinter und in einigen Wochen dürfte der Feldbau beginnen. Soll es wieder geschehen, daß die Aecker und Wiesen aus Mangel an künstlichem Dünger nur dürftig bestellt werden, daß die Sämereien für Gemüse zu spät eintreffen oder untauglich sind? Die staatliche Nahrungspolitik, von der weite Schichten hofften, daß sie durch die großen Machtmittel vor den härtesten Entbehrungen schützen, die gleichmäßige Verteilung sichern und die Zunahme der Erzeugnisse anregen werde, hat jetzt die Hemmungen der Unvollständigkeit. Die Sehnsucht nach dem Frieden wird in nicht geringem Maße durch den Wunsch gesteigert, aus dem Zwange herauszukommen, den Urstand der persönlichen Freiheit im Hause und in der Familie wieder zu erleben und rasch zu vergessen, welche Qual die Karten gewesen sind.

Der jetzige Leiter des Ernährungsamtes will seinen Abschied nehmen und ein Nachfolger soll berufen werden. Die Vergangenheit läßt sich nicht ausmerzen und was einmal verdorben ist, kann schwerlich wieder gut werden. Aber die Heranziehung von Männern, die berufsmäßig sich dem Landbau oder dem Handel mit dessen Erzeugnissen widmen, ist möglich, nicht in Veräulen und in ähnlichen, meistens zur bloßen Schau bestimmten Einrichtungen, sondern als mit-tätige, mitschaffende und mitverantwortliche Helfer, als Nahrungsschaffenden, die gleichberechtigt mit den Beamten, ihr Urteil über die einzelnen Maßregeln und deren Durchführung abzugeben haben. Der Staat hat jedoch reiche Schätze von Wissen und Können verschmäht und den Männern, die mitten im wirklichen Leben sind, nicht den Einfluß gegeben, der ihren Rat hätte fruchtbar machen können. Persönlichkeiten, die selbstlos, ohne Mißbrauch und ohne Regung der Gewinnsucht, aus Bürgertreue sich bemühen würden, die Folgen der krisenhaften Zustände zu mildern, sind zu finden. Es muß gelingen, die Schwierigkeiten zu überwinden, bis der Brotfriede mit der Ukraine wirklich Brot verschafft und die Donau nach dem Eisstoß fahrbar wird. Es muß geholfen werden. Der Staat hat jedoch im Kriege gelernt, wo seine Grenzen sind.